Öffentliche Sitzung der CSU-Fraktion am 23.4.2007

(Sportheim des FSV Waldthurn, Beginn 20:00 Uhr)

---

1. **Genehmigung der Niederschriften - öffentlicher Teil - vom 29.03.2007**

   Anmerkungen: Bei Beschluss-Nummer 38 (Instandsetzung verschiedener Feld- und Waldwege im Bereich der Flurbereinigungsgenossenschaft Spielberg) ist der Betrag von 400.- € für die Gerätekosten auf 4.000.- € auszubessern (Schreibfehler im Protokoll).

---

2. **Bekanntgabe der Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 29.03.2007, bei denen das Erfordernis der Geheimhaltung weggefallen ist**

   (BE: N.N.)

   - Dem Antrag von Werner Holfelner, Vohenstraußer Straße 8, Waldthurn auf Erwerb einer ca 16 qm großen Teilfläche des Gemeindegrundstücks Flnr. 227/28 der Gemarkung Waldthurn (Teilbereich der jetzigen Hofeinfahrt) wird zugestimmt.

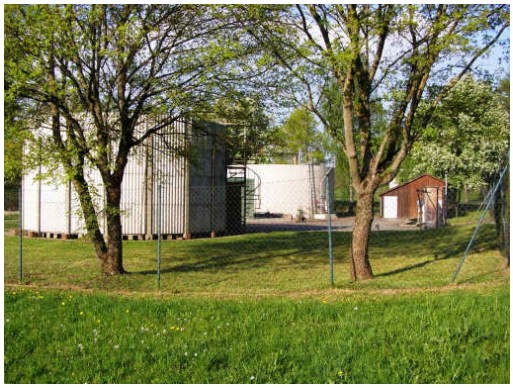
---

3. **Ertüchtigung des Tropfkörpers Waldthurn; Durchführung der Maßnahmen – vertragliche Grundlagen für die Ingenieurleistungen**

   (BE: Hubert Stahl)

   Grundlage: siehe Vorlage der Verwaltung

   Diskussion: Im Angebot der Firma Pfleiderer water systems vom 4.4.2007 erscheinen die Angebote für die Netze mit den Kunststofffüllungen (9.000.- €) sehr hoch. Eine geringere Anzahl von Netzen wird daher eingebaut, das restliche Material wird lose auf dem bestehenden Tropfkörper aufgeschüttet und mit einem Netz abgedeckt. Mit dieser Lösung (Kostenvoranschlag nur 1.120.- €) kann die Zwischenschicht zwischen jetzigen Tropfkörper und den Kunststofffüllungen während des Betriebs des ertüchtigten Tropfkörpers ohne größeren Investitionskostenaufwand kontrolliert werden. Im Übrigen sei der Vertragsentwurf der Fa. Pfleiderer zur Ertüchtigung des Tropfkörpers (Gesamtkosten: 14.140.- €) nach Meinung des betreuenden Ing.-Büros in Ordnung. Zur Festlegung der



Der Tropfköper soll ertüchtigt werden

Zielwerte erfolgen noch Messungen (CSB, Stickstoff) durch den Klärwärter.
Das Honorar der Leistungsphasen 1 – 9 wird nicht nach den Schätzkosten, sondern nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.
Für die Ausarbeitung des Grobkonzeptes zur Ertüchtigung der Kläranlage wird ein Maximalpreis in Höhe von 1.000.- € (zuzüglich MwSt.) angestrebt, der jetzt in Rechnung gestellte Betrag von 2.200.- € war nicht vereinbart.
Die Sichtung und Bewertung der bereits durchgeführten Kanalbefahrung erfolgt das Ing.-Büro Zwick.
Zur überfälligen Entsorgung des Klärschlamms werden noch Angebote eingeholt, das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag.
Für die Klärschlammentsorgung könnte sich nun aber eine interessante Alternative ergeben. Der Betreiber einer Biogasanlage in Eslarn plant die Errichtung einer Trocknungsanlage für Klärschlamm. Dazu würde er kontinuierlich Lieferungen von Klärschlamm in gepresster Form benötigen. Andere Gemeinden im Grenzland haben anlässlich der Präsentation des Projekts während der letzten Bürgermeisterversammlung ihr Interesse bekundet. Über die Modalitäten (Klärschlammpressung, Dimension des geplanten Filtratwasserbehälters, Rechtsform der beteiligten Gemeinden, Vertragsgestaltungen etc.) müsste noch gesprochen werden. Wegen der bevorstehenden Arbeiten an der Kläranlage in Waldthurn sollte eine zeitnahe Lösung der Klärschlammentsorgung entwickelt werden. Weitere Gespräche dazu erfolgen in der nächsten Zeit.

Fazit: Dem skizzierten Vorgehen wird zugestimmt.

---

4. **<u>Angebot der Vermessungsverwaltung: Katasterauszug online zur Bauvorlage</u>**

(BE: Wolfgang Golla)

Grundlage: siehe Vorlage der Verwaltung

Diskussion: Seit kurzem können Bauherrn ihre amtliche Lagepläne bei der Gemeindeverwaltung erhalten. Dazu ist eine Vereinbarung mit dem Vermessungsamt erforderlich. Für die Ausgabe des Lageplans (inklusive Anliegerverzeichnis) durch die Gemeinde wird für einen „normalen“ Plan eine Gebühr von 30.-€ fällig, 24.- € (80 %) davon erhält das Vermessungsamt. Weitere Kosten bzw. Gebühren fallen für die Gemeinde nicht an.

Fazit: Das Angebot des Vermessungsamtes wird angenommen.

---

5. <u>Betriebsleitung und –ausführung im Körperschaftswald; Entgeltanpassung – Fortführung des Vertragsverhältnisses mit dem Amt für Landwirtschaft</u>

(BE: Alois Weig)

Grundlage: siehe Vorlage der Verwaltung

Diskussion: Im Zuge der Forstreform kann der Freistaat Bayern die Betreuung der Kommunalwälder durch die staatliche Forstverwaltung nicht mehr so kostengünstig anbieten. In Folge des Abschluss eines Paktes zum Körperschaftswald zwischen dem Bayerischen Gemeindetag und dem zuständigen Ministerium wurde eine moderate Anpassung der Betreuungsentgelte vereinbart. Der bisherige Vertrag zwischen dem Amt für Landwirtschaft und Forsten und der Marktgemeinde Waldthurn wurde nun im Hinblick auf die Entgeltanpassung vom Amt für Landwirtschaft gekündigt und zugleich ein neues Angebot zur Übernahme der Betriebsleitung des Kommunalwaldes unterbreitet unter Anpassung der Betreuungsflächen von bisher 8,6 ha auf tatsächliche 13,5 ha. Die Anpassung des dafür zu zahlendes Entgeltes von bislang 185.- € / Jahr auf künftig 245.- € / Jahr kann als fair bewertet werden. Alternative Betreuungsmöglichkeiten (z.B. durch die Waldbauernvereinigung, Beschäftigung eines Revierleiters zusammen mit anderen Gemeinden) werden nach Erkundigungen des Bürgermeisters nicht annähernd so preiswert zu bekommen sein. Darüber hinaus habe man mit der bisherigen fachlichen Betreuung gute Erfahrungen gemacht. Nachgefragt werden sollte aber noch, ob die einseitige Vertragsündigung durch das Amt für Landwirtschaft zulässig war (Nachtrag: Kündigung mit 3-monatiger Frist ist möglich).

Fazit: Der Anpassung des Vertrages mit dem Amt für Landwirtschaft wird zugestimmt.

---

6. Verlängerung der Zweckvereinbarung mit dem EDV-Kompetenzzentrum beim Landratsamt

(BE: Dr. Nikolaus Globisch)

Grundlage: siehe Vertragsentwurf und Stellungnahme der Verwaltung

Diskussion: Die Zusammenarbeit mit dem EDV-Kompetenzzentrum beim Landratsamt hat sich in den vergangen Jahren bewährt. Der Fachmitarbeiter beim Landratsamt kümmert sich vor allem um Netzwerkeinrichtungen (und das sich immer mehr verbreitende E-Government) in den beteiligten Landkreisgemeinden. Der jährliche Aufwand für die Marktgemeinde Waldthurn in Höhe von 1.180.- € (errechnet aus der Einwohnerzahl) ist nach Auskunft des Verwaltungsangestellten Helmut Gollwitzer nicht zu hoch. Die Sachkosten werden vom Landratsamt getragen. Alternative Umlegungsmodelle (z.B. nach tatsächlichem Einsatz des Mitarbeiters des EDV-Zentrums) werden in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises diskutiert. Der Vertrag würde für weitere fünf Jahre bis zum 30.11.2012 verlängert. Der Landrat hat mittlerweile signalisiert, dass unabhängig von der Zahl der mitmachenden Gebietskörperschaften die bisherige Jahrespauschale für die nächsten fünf Jahre nicht wesentlich (um maximal 60.- €) gleich bleibt.

Fazit: Der Vertragsverlängerung wird zugestimmt.

---

7. Turmuhrenanlage Pfarrkirche St. Sebastian Waldthurn; Kundendienstvertrag – Fortführung - Alternativvorschläge

(BE: Hans Pausch)

Grundlage: siehe Stellungnahme der Verwaltung

Diskussion: Für die Beschaffung und Unterhaltung der Kirchenturmuhr ist die Gemeinde zuständig, für die Glockenanlage ist die Kirchenverwaltung verantwortlich. Der Kundendienstvertrag mit dem Hersteller der Uhr könnte zum Jahresende beendet werden. Die Kosten für die Wartung betrugen zuletzt knapp 85.- €. Nun hat die betreuende Firma der Glockenanlage ein günstigeres Angebot vorgelegt (50.- €), wobei eventuell erforderliche Ersatzteile gesondert berechnet würden. Im Gegenzug wurde ein erneutes Angebot des Uhrherstellers vorgelegt, das mit 55.- € Jahreskosten nur unwesentlich höher ausfällt. Wegen der sehr guten Erfahrungen mit dem Uhrhersteller wird von der Verwaltung empfohlen, den bisherigen Vertragspartner beizubehalten, zumal dieser „seine“ Uhr am besten kennt.

Mit der Wartung der Turmuhr bisher zufrieden

Fazit: Dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

---

8. Angebot der Walter Loos GmbH, Röthenbach, über Kanalschachtrahmensanierung ohne Fahrbahnaufbruch

(BE: Wolfgang Golla)

Grundlage: siehe Angebot der Firma Walter Loos GmbH

Diskussion: Nach der örtlichen Besichtigung durch die Firma kämen für die Sanierung der schadhaften Anlagen (10 neue Schachtabdeckungen, 14 neue Ausgleichsringe, 10 x Anpassung an Fahrbahn mit Bitumen, weitere 11 Schachtabdeckungen) Kosten in Höhe von knapp 10.000.- € zusammen. Nach Mitteilung des Bürgermeisters können die notwendigen Reparaturarbeiten auch durch das Bauhof-Team erledigt werden, die Sachkosten würden hierbei nur 1/3 der Angebotssumme betragen.

Fazit: Die notwendigen Sanierungsarbeiten an den Kanalschachtandeckungen sollte das Bauhof-Team erledigen.

---

9. <u>Beteiligung des Marktes Waldthurn an der Mobilfunkstandortsuche im Bereich Fahrenberg</u>

(BE: Dr. Nikolaus Globisch)

Grundlage: siehe Schreiben der Firma O_2 vom 27.3.2007

Diskussion: Der Mobilfunknetzbetreiber O_2 (Germany) sucht im Gemeindegebiet Waldthurn einen Standort für eine Basisstation. Im Rahmen des bayerischen Mobilfunkpaktes II wird die Gemeinde zur Mitwirkung bei der Standortfindung eingeladen. Die Firma würde den bestehenden Masten der Deutschen Funkturm GmbH (ehemals DeTe Immoblien) auf dem Fahrenberg mitnutzen. Sollte die Gemeinde innerhalb einer bis 17.4.2007 gesetzten Frist keine anderen Vorschläge machen, wird mit dem genannten Standortinhaber ein Mietvertrag abgeschlossen. Besondere baurechtliche Möglichkeiten zur Verhinderung der geplanten Basisstation bestehen nicht.

Fazit: Zum gewünschten Standort am vorhandenen Masten auf dem Fahrenberg werden keine Alternativvorschläge gemacht.

---

10. <u>Nutzung des neu errichteten Anbaus am Bauhof Waldthurn (Vereinshalle)</u>

(BE: Wolfgang Golla)

Grundlage: In der letzten Sitzung der Vereinsvorstände wurde mehrheitlich einer Anfrage zur Möglichkeit einer privaten Nutzung (z.B. Polterabend) der Vereinshalle zugestimmt. Das Einverständnis der Marktgemeinde Waldthurn als Eigentümer der Halle für dieses Ansinnen ist erforderlich.

Diskussion: Nach teilweise lebhafter Diskussion wird die Zustimmung zur privaten Nutzung von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht: zur Absicherung der Gemeinde vor Haftungsansprüchen sollte jeweils ein Nutzungsvertrag mit den privaten Nutzern abgeschlossen werden, eine Erprobungsphase für die Dauer von ein bis zwei Jahren ist vorzusehen, schließlich ist eine Nutzungsgebühr von 100.- € (Zahlung an Gemeinde) zuzüglich die Erstattung der Verbrauchsgebühren für Wasser und Strom zu verlangen. Allerdings sind noch versicherungsrechtliche und rechtsaufsichtliche Fragen zu klären.

Fazit: Einer probeweisen Überlassung an Privatpersonen für größere Veranstaltungen (z.B. Polterabend) wird unter den genannten Bedingungen und nach Klärung der offenen Fragen grundsätzlich zugestimmt.

---

11. Ausbau der Bernriether Straße; beschlussmäßige Behandlung der Böschungs- und Gehwegsgestaltung

(BE: Hubert Stahl)

Grundlage: siehe Planskizzen

Diskussion: In einigen Bereichen müssen steile Böschungen zu Anliegergrundstücken gesichert werden. Der Bauausschuss empfiehlt vor allem aus optischen und gestalterischen Gründen die Verwendung von Wasserbausteinen, wobei die Abstützanlage an das bestehende Gelände anzupassen ist. Die Böschungsarbeiten sind grundsätzlich umlagefähig. Die Gehwege sollen

Gestaltung der Böschungen – Lösung mit kleineren Wasserbausteine (links) wird favorisiert

gepflastert werden, da dadurch Wartungsarbeiten an den Versorgungsleitungen, die im Gehweg verlegt sind, leichter zu bewerkstelligen sind. Der Einheitspreis für das Pflaster (19,31 € / qm) ist zudem günstiger als die Asphaltierung (21,56 € / qm). Die bisherigen Zufahrten zu den Grundstücken werden bis zur Grundstücksgrenze asphaltiert. Die Mehrkosten für gewünschte andere Befestigungen (z.B. Granitsteine) gehen zu Lasten des Grundstücksbesitzers.

Fazit: Dem aufgezeigtem Vorgehen wird zugestimmt.

12. Errichtung des Buswartehäuschens im Bereich Anwesen Zilbauer

(BE: Alois Weig)

Grundlage: siehe Kostenvoranschlag des Architekturbüros Meissner

Diskussion: Gegenüber der östlichen Zufahrt zur Trad soll ein Buswartehäuschen errichtet werden. In Holzbauweise sind Schätzkosten von über 7.000.- € genannt (einschließlich Fundament bzw. Bodenplatte), eine Bezuschussung von etwa 50 % ist möglich. In der Diskussion wurde vorgeschlagen, noch ein Kostenangebot über ein verglastes

Hier soll das neue Buswartehäuschen aufgestellt werden

Häuschen in Frankenrieth

Buswartehäuschens (ähnlich der Anlagen in Spielberg oder Frankenrieth) einzuholen. Die Entscheidung über die Bauweise des Häuschens braucht noch nicht in der kommenden Sitzung getroffen werden. Der Bürgermeister braucht aber ein positives Votum zur Errichtung eines Häuschens, dass wenigstens die Bodenplatte im Zuge der Baumaßnahmen in der Bernriether Straße gleich mit angelegt wird. Eine Ausrichtung der Anlage an die bestehende Hausflucht des Anwesens Zilbauer wird von Maria Kominowski angeregt.

Fazit: Die Fundamente bzw. die Bodenplatte können angelegt werden. Die Art des „Oberbaus“ (Holz- oder Glaselemente) wird noch festgelegt.

---

13. Diskussion über Rechts vor Links Regelung in der Bernriether Straße

(BE: Hubert Stahl)

Grundlage: Im Rahmen der Begehung der Bernriether Straße durch den Bauausschuss wurde auch das Thema „Vorfahrtsregelung“ angesprochen. Nach Mitteilung des Bürgermeisters seien die meisten Anlieger an der Bernriether Straße für eine „Rechts vor Links Regelung“.

Diskussion: Gegen eine die Geschwindigkeit drosselnde „Rechts vor Links Regelung“ bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Nicht übersehen werden dürfe

Rechts-vor-Links-Regelung oder Vorfahrtsstraße?

aber die im Vergleich zu einer reinen Anliegerstraße herausgehobene Verkehrsbedeutung der Bernriether Straße. Schließlich könnte eine einer Anliegerstraße ähnliche Verkehrsregelung zu beitragsrechtlichen Konsequenzen durch die Kommunalaufsicht führen. Mögliche Auswirkungen auf die gewährten Fördergelder durch die Regierung der Oberpfalz sollten ebenfalls bedacht werden. Gesprochen wurde auch über die Möglichkeit einer Fahrbahnteilung am Ortseingang. Die Gestaltung der Grundstückszufahrt zum Reha-Zentrum am Ortsende könnte mit einer abzweigenden Straße verwechselt werden, mögliche Haftungsdiskussionen bei Unfällen sind daher nicht auszuschließen. Unter Umständen könnte eine Verkehrsschau mit Beteiligung des Landratsamtes und der Polizei die offenen Fragen beantworten.

Fazit: Eine Entscheidung über die künftige Verkehrsregelung in der Bernriether Straße ist noch nicht vorgesehen, die angesprochenen Punkte sollten noch geklärt werden. Eine Verkehrsschau ist sinnvoll.

---

14. <u>Auflösung eines Teilstücks zur Zufahrt zur Trad als öffentliche Straße; Reparatur der 2. Zufahrt zur Trad</u>

(Alois Weig)

Grundlage: siehe Planskizze

Diskussion: Vom betreuenden Ing. Büro wurde die Möglichkeit einer Auflösung der östlichen Zufahrt zur Trad ins Spiel gebracht. Die meisten Tradanwohner hätten keine besonderen Einwände. Ein Vorteil wäre die Beseitigung einer möglichen Unfallgefahr, das geplante Buswartehäuschen beim Anwesen Zilbauer würde direkt gegenüber der abschüssigen östlichen Tradzufahrt entstehen. Ein weiterer Vorteil wäre die Möglichkeit, zusätzliche Parkplätze in diesem Bereich der Bernriether Straße zu bekommen. Nach Auflassung der jetzigen Fahrbahn ist die Anlage eines kurzen Fußweges vorgesehen, der die Trad an dieser Stelle mit der Bernriether Straße verbindet.

Statt Zufahrt künftig nur mehr Fußweg: östlicher Zugang zur Trad

Die süd-westliche Zufahrt zur Trad (beim Anwesen Kick) würde etwas verbreitert und rechtwinklig an die Bernriether Straße angebunden, diese Zufahrt würde auch noch mit einer neuen Deckschicht versehen.

Zufahrt zur Trad beim Kickn wird breiter

Fazit: Die Vorstellungen zur Umgestaltung der Anbindungen zur Trad werden unterstützt.

---

15. <u>Weitere Empfehlungen des Bauausschusses entsprechend der Ortsbesichtigung am 18.4.2007</u>

(BE: Hubert Stahl)

Grundlage und Diskussion:

- **Beach-Volleyballfeld am Badeweiher**
  - Der vom Bauausschuss vorgeschlagene Standort (siehe Planskizze) wird angenommen

Hier will die JU Waldthurn das Beachvolleyball-Feld errichten

- **Entfernung einer Pappel in Ottenrieth**

  - Wegen des schlechten Zustandes des Baumes wird einer Fällung zugestimmt.

Die Ottenriether Pappel ist ins Alter gekommen

- **Feldwegebaumaßnahmen im Gemeindebereich**

  - Die Wegebaumaßnahmen in Spielberg und Wampenhof sind abgeschlossen, dem engagierten Bauhof-Team gebührt große Anerkennung. Der Kostenrahmen wurde eingehalten.

Feldwege in Spielberg sind wieder in Schuss

- **Entfernung der Birken in der Fahrenbergstraße mit weiteren Maßnahmen**

  - Der schlechte Zustand der Birken erfordert schon aus haftungsrechtlichen Gründen eine Beseitigung. Der Bürgermeister möchte die Birken je nach Zustand Zug um Zug entfernen, eine Ersatzpflanzung ist vorgesehen.

Gefährdung: manche Birke ist morsch geworden

Fazit: Die Überlegungen des Bauausschusses werden geteilt.

---

16. Örtliche Rechnungsprüfung des Haushaltsjahres 2006 – öffentlicher Teil

(BE: Dr: Johannes Weig)

Grundlage: Die Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2006 erfolgte durch den Rechnungsprüfungsausschuss in drei Sitzungen. Schwerpunktmäßig wurden die Umsetzung des kassenwirksamen Beschlüsse, die Daten zur Jahresrechnung und Einzelvorgänge in Stichproben überprüft.

Einigen Prüfvermerken aus dem Kalenderjahr 2005 (Überprüfung der Beitragserhebungstatbestände, Abfassung von Pachtverhältnissen in schriftlicher Form) wurde durch die Verwaltung noch nicht nachgegangen.

Angeregt wird eine Überprüfung der Tarifstruktur der Telekommunikationsanlagen, bislang wird nach Grundpreis und Nutzungsgebühren abgerechnet.

Ein Sollfehlbetrag musste durch Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen werden. Zwischenzeitlich ist im aktuellen Haushaltsjahr 2007 die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Rücklage wieder gebildet worden.

Für die Dorferneuerungsmaßnahme Oberbernrieth, obwohl schon längst abgerechnet, wurden Buchungen getätigt sowie umgehend wieder in gleicher Höhe korrigiert. Inwieweit die offensichtlichen Fehlbuchungen Auswirkungen auf die Höhe des Haushaltsvolumen hatten, war zunächst nicht klar erkennbar. Die Gründe für die Fehlbuchungen sind nicht erläutert.

Nachdem eine öffentliche Nutzung der alten Dorfschmiede in Albersrieth nicht absehbar ist, müssen nach Auffassung des Ausschusses die von der Marktgemeinde erbrachten Aufwendungen der Schmiedegemeinschaft in Rechnung gestellt werden.

Aus einer im Mietvertrag für drei Tage vorgesehenen Mietdauer einer Vibrationsplatte für die Errichtung der Bauhofhalle wurde letztendlich 17 Tage mit Kosten von insgesamt 824,07 €.

Bewirtungskosten für die Errichtung der Bauhofhalle wurden aus dem laufenden Verwaltungshaushalt bestritten, sie könnten auch den Herstellungskosten zugerechnet werden.

Erneut fehlen auf einigen Belegen klare Hinweise zum genauen Verwendungszweck (z.B. „Schotter für Bauhof“, Holzlieferung der Fa. Fröhlich).

Ein Baurechungsbuch für die Errichtung der Bauhofhalle wurde nicht geführt.

Für Ausgaben ehrenamtlicher Tätigkeiten (z.B. Einsätze der stellvertretenden Bürgermeister) fehlen teilweise Belege.

Fahrtkostenabrechnungen sollten wegen des Grundsatzes der Jährlichkeit im laufenden Kalenderjahr abgewickelt werden, wenn auch nach den geltenden Bestimmungen eine Abrechnung noch bis zu einem halben Jahr möglich ist.

Ein Dienstunfall mit dem Privat-PKW des 1. Bürgermeisters wurde vorbildlich abgewickelt. Die Reparaturkosten wurden im Rahmen der Dienstfahrtversicherung von der Versicherungskammer erstattet.

Der genehmigte Kassenkredit wurde zu keiner Zeit überschritten. Zinskosten in Höhe von über 6.700.- € wurden dafür aber fällig.

Stellungnahme zur Jahresrechung 2006

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung wurden nach Beschluss durch das Gremium rechtsaufsichtlich genehmigt, ebenso der Nachtragshaushalt.

Der Gesamthaushalt erreicht im Ergebnis Solleinnahmen bzw. Sollausgaben in Höhe von 3.076.473,53 €, er lag damit um knapp 13.000.- € über den Haushaltsansatz.

Der Überschuss im Verwaltungshaushalt mit knapp 100.000.- € wurde dem Vermögenshaushalt zugeführt. Der Betrag erreichte aber nicht die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Mindestzuführung in Höhe der ordentlichen Tilgung (ca. 167.000.- €), allerdings übertraf der Zuführungsbetrag den Haushaltsansatz von ca. 61.000.- € um ca. 38.000.- €.

Beim Vergleich des Haushaltsansatzes und des Jahresergebnisses in den Einzelplänen und in wichtigen Einzeldaten, sind keine größeren Abweichungen erkennbar, hier wird eine realistische Haushaltsplanung durch den Kämmerer erkennbar.

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von knapp 515.000.- € belegen eine rege Investitionstätigkeit.

Durch eine Kreditaufnahme von 450.000.- €, ein nicht geringer Teil davon durch die Anschaffung des neuen Löschfahrzeuges notwendig geworden, und Tilgungsleistungen von etwa 167.000.- € stieg der Schuldenstand um etwa 280.000.- € an. In Anbetracht der hohen Investitionstätigkeit relativiert sich zwar die Beurteilung der Neuverschuldung, trotzdem sollte dem Abbau der Schulden zur Erreichung einer besseren freien Finanzspanne hohe Priorität eingeräumt werden.

Die ständige Zahlungsbereitschaft der Kasse war gegeben.

Zusammenfassung:

Die örtliche Rechnungsprüfung für das Jahr 2007 fand am 7., 14. und 21. März 2007 statt. Die Rechnungsprüfung beschränkte sich auf eine angemessene Zahl von Prüfungsgebieten und Stichproben.

Die Prüfung der Rechnung führte zu dem Ergebnis, dass im wesentlichen:

1. die Beschlüsse des Gremiums vollzogen,

2. der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung eingehalten,

3. die in der Haushaltssatzung festgelegten Kassenkredite eingehalten worden sind und

4. die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind sowie die Jahresrechnung und die Vermögensnachweise ordnungsgemäß aufgestellt sind.

Die Prüfungsfeststellungen im Bericht können als ausgeräumt angesehen werden bzw. werden von der Verwaltung weiter verfolgt. Sie stehen von ihrer Bedeutung her einer Entlastung nicht entgegen.

Der Rechnungsprüfungsbericht wurde am 25. März 2007 erstellt und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Beratung und Genehmigung vorgelegt. Die örtliche Rechnungsprüfung für das Jahr 2006 ist mit der Vorlage dieses Berichtes abgeschlossen.

Auf Grundlage des Berichts empfiehlt der Rechnungsprüfungsausschuss dem Marktgemeinderat die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 gemäß Art. 102 Satz 3 Gemeindeordnung festzustellen.

Abschließend wird der Verwaltung für die Unterstützung in Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung gedankt, insbesondere unseren Kämmerer Josef Götz für die prompte Erledigung unserer Anfragen während der Prüfung.

Fazit: Die Ausführungen im Rechnungsprüfungsbericht werden zur Kenntnis genommen.

---

17. Antrag Peter Ertl, Woppenreith 14, auf Asphaltierung eines Teilstücks des Feldweges, Flnr. 378, Gmkg. Lennesrieth, entlang seines Anwesens Albersrieth 44

(BE: Dr. Nikolaus Globisch)

Grundlage: siehe Antrag

Diskussion: Die Zufahrt zum Anwesen Albersrieth 44 ist bereits asphaltiert. Eine Weiterführung der Asphaltierung als Vollausbau würde satzungsmäßige Probleme aufwerfen und einen Bezugsfall schaffen. Trotzdem könnte im Rahmen der laufenden Dorferneuerung in Albersrieth eine Lösung gefunden werden, eine Kontaktaufnahme mit dem Amt für Ländliche Entwicklung wird deshalb erfolgen. Alternativ könnte in Zusammenhang mit laufenden Asphaltierungsmaßnahmen eine kleine Deckschicht (ohne Vollausbau) aufgebracht werden.

Bedenken gegen Weiterführung eines Vollausbaus um wenige Meter

Fazit: Dem Antrag wird nicht zugestimmt. Die aufgezeigten Alternativen werden befürwortet.

Nachtrag: Nach Mitteilung des Bürgermeisters wurde der Antrag zurückgenommen, eine Abstimmung war somit nicht erforderlich.

---

18. Bauanträge

(BE: N.N.)

Grundlage: siehe Vorlage der Verwaltung

Diskussion: Keine

Fazit: Den Anträgen wird zugestimmt.

---

19. Mitteilungen des Bürgermeisters; Anfragen und Anträge der Markträte

- Dem Haushalt für das Jahr 2007 wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde die Zustimmung erteilt.

- Ein Antrag von Frau Barth zur Entwässerung (vermutlich defekte Drainagen) eines gartenähnlich genutzten Gemeindegrundstücks wurde vorgelegt, eine Abhilfe zu Lasten der Gemeinde ist in Kenntnis der örtlichen Lage und jetzigen Nutzung des betreffenden Grundstücks nicht vorstellbar.

- Die Arbeiten zur Überprüfung des Tiefbrunnens wurden ausgeschrieben, die Angebotseröffnung erfolgt am 11. Mai 2007.